

Die medizinische Versorgung Demenzkranker verbessern hilft der Pflege

„Die Versorgung von Demenzpatienten wird viel zu oft als rein pflegerisches Problem betrachtet. Dabei wird übersehen, dass ein sehr großer Anteil von demenziell erkrankten Menschen unzulänglich medizinisch behandelt wird. Unmittelbare Folgen sind zusätzliche Probleme in der Pflege, so der designierte DGPPN-Präsident und Sprecher des Kompetenznetz Degenerative Demenzen (KNDD) Professor Wolfgang Maier vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Pflegeversicherung und der Situation in den Pflegeheimen. „Viele der Patienten können sich nicht artikulieren, leiden zum Beispiel unter Schmerzen und werden unruhig. Oft sind körperliche oder seelische Krankheiten verantwortlich, die nicht erkannt und folglich nicht behandelt werden. Vor dem Hintergrund der schwierigen Personalsituation in den Heimen werden hilfswise ungezielt Psychopharmaka – vor allem Neuroleptika – eingesetzt, die zur Inaktivierung führen. Demenziell erkrankte Menschen können länger selbstbestimmt leben, wenn sie adäquat medizinisch behandelt würden.“ Zwar sei die Demenz derzeit nicht heilbar, aber es gebe viele therapeutische Möglichkeiten, um die Symptome zu lindern. Es müsse vor allem dafür gesorgt werden, dass das medizinische Versorgungssystem auf die Bedürfnisse der Patienten abgestimmt sei. „Die Medizin muss zum Patienten kommen. Das bedeutet, dass mehr Hausärzte und vor allem Fachärzte zu den demenziell erkrankten Menschen in die Heime und nach Hause kommen müssen, doch das wird nicht entsprechend honoriert“, so Professor Maier.

Als eine wesentliche Ursache der mangelnden finanziellen Honorierung für Haus- und Fachärzte, aber auch der gerontopsychiatrischen Kliniken, sieht Prof. Dr. Hans Gutzmann, der Präsident der deutschen Alterspsychiater (DGGPP), die Trennung zwischen Kranken- und Pflegekasse: „Solange die Politik die Alzheimer-Krankheit eher als pflegerisches Problem betrachtet und die Chancen, die eine medizinische Behandlung bietet, nicht erkennt, bleibt die Trennung zwischen Kranken- und Pflegekasse erhalten. Betriebswirtschaftlich ist es zur Zeit für eine Krankenkasse nicht sinnvoll eine Behandlung zu bezahlen, deren Nutzen – durch die verspätete Pflegebedürftigkeit – die Pflegekasse hat. Deshalb bleibt das medizinisch Notwendige und volkswirtschaftlich Sinnvolle ungetan“.

Vor diesem Hintergrund fordern die Alterspsychiater schon seit langem die Zusammenlegung von Kranken- und Pflegekasse, eine Forderung die der schleswig-holsteinische Gesundheitsminister Dr. Rainer Garg vor kurzem als erster Gesundheitsminister unterstützt hat.



DGPPN Geschäftsstelle Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
Tel.: 030/2404772-0
Fax: 030/2404772-29
E-Mail: sekretariat@dgppn.de
Internet: www.dgppn.de

DGGPP Geschäftsstelle
Postfach 1366
51675 Wiehl
Tel: 02262 797 683
Fax: 02262 999 99 16
E-Mail: GS@dgpp.de
Internet: www.dgpp.de

Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) und die Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V. (DGGPP) unterstützen das Vorhaben der Bundesregierung, einen Nationalen Demenzplan zu entwickeln. Aus Sicht der beiden Fachgesellschaften gilt es, zügig zu planen und umzusetzen, denn die Herausforderungen bei der Versorgung Demenzkranker werden dramatisch zunehmen. Hochrechnungen gehen davon aus, dass sich im Jahr 2050 die Anzahl der Erkrankten verdoppelt haben wird.

Kontakt:

Prof. Dr. med. Wolfgang Maier
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Psychiatrische Klinik und Poliklinik
Sigmund-Freud-Str. 25, DE - 53105 Bonn
Telefon: 0228-287-15722
Fax: 0228-287-16097
Email: wolfgang.maier@ukb.uni-bonn.de

Prof. Dr. med. Hans Gutzmann
Präsident der DGGPP
Krankenhaus Hedwigshöhe
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie
Höhensteig 1
12526 Berlin
Fon: +49 30 6741 3000/1
Fax: +49 30 6741 3002
E-Mail: gutzmann@dggpp.de